

Bezugspreis:
Monatlich
durch Boten 3,50 RM,
durch die Post 3,70 RM.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. C. Sommer,
Bad Godesberg und Diez.

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Zahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Zeile 60 Pf.
Ankündigungen 80 Pf.
Reklamazeile 2,00 RM.

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 34.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, GmS.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 151.

Diez, Donnerstag, den 8. Juli 1920.

26. Jahrgang.

Die Entwaffnungsfrage.

Mz. Spa, 7. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz, an der von deutscher Seite Reichsanwalt Fehrenbach, Minister des Reichs Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Gessler und General v. Seede teilnahmen, wurde kurz um 1,5 Uhr durch den Ministerpräsidenten Delacroix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Note der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Der Reichsanwalt entgegnete, daß Reichswehrminister Dr. Gessler dazu bereit sei. Reichswehrminister Dr. Gessler ging sofort in längerem Ausführungen auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Unser Heer sei noch 200.000 Mann stark. Das Material sei ziemlich vollständig abgegeben, wenn auch über einzelne Punkte der Abgabe noch Differenzen mit den militärischen Überwachungskommissionen beständen. Die 200.000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie stellen das Minimum dessen dar, was wir brauchen angesichts der politischen Unruhen, die immer wieder zum Ausbruch kämen. Die wirtschaftliche Depression, das Meer der Arbeitslosen, das durch neue Entlassungen weiter vergrößert würde, die Kriegsschädigten, die Flüchtlinge aus den abgetretenen und besetzten Gebieten, die Schwierigkeiten, die wir mit der Einführung der neuen Steuern hätten, das alles mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung wegen des Schicksals der 20.000 Offiziere, die von der Entlassung betroffen würden und deren Absichten niemand kenne, in starker Sorge. Unter den obwaltenden Umständen habe er die deutsche Regierung außerstande, die Wehrmacht weiter aufrechtzuerhalten.

Darauf ergriff Lloyd George das Wort und stellte die Punkte zusammen, in denen die Alliierten Deutschland Rückzahlung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere, daß die Reichswehr statt 100.000 200.000 Mann umfasse und daß Deutschland statt der ihm zugesagten 2000 Maschinengewehre 50.000 habe, statt der ihm zugesagten 28 Geschütze 12.000; an Gewehren habe es zwar 1,5 Millionen abgegeben und die Hälfte davon bereits zerstört, es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der Bevölkerung seien. Was gedenke die deutsche Regierung zu tun und was habe sie bereits getan, um diese Gewehre den Alliierten auszuliefern? Der Besitz der Gewehre sei ein politisches Wesensthema von außerordentlicher Schwere. Ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Beeresstärke 100.000, 200.000 oder 300.000 Mann betrage. Diese Gewehre wollten die Alliierten nicht mehr länger kaufen und auch für die deutsche Regierung sei dieser Zustand höchst bedenklich. Was gedenke die deutsche Regierung dagegen zu tun? Es fehle ihr entweder am guten Willen oder an Macht. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Erklärungen, wie sie die Auslieferung dieser Waffen und die Zerstörung des Beeres auf 100.000 Mann bevorzuzustellen wolle.

Reichsanwalt Fehrenbach betonte hierauf in sehr ausführlichen und lebhaften Darlegungen die Schwierigkeit der Auslieferung eines weiteren Beeres. Wenn die Alliierten Deutschland Vertrauen schenken und ihm die nötigen Nachmittel belassen würden, dann würde sich die Auslieferung der Waffen und die Zerstörung des Beeres leichter bewerkstelligen lassen. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig sei.

In scharfer Weise erwiderte darauf Lloyd George, daß die Alliierten klare Daten und Ziffern wollten. Die Konferenz von Spa, die er eingeleitet habe, habe es für zweckmäßig gehalten, sich geschäftlich zu unterhalten: der Austausch von Noten habe keinen Zweck mehr.

Minister Dr. Simons erwiderte sofort, daß wir nach Lage der Dinge nicht hätten annehmen können, daß die militärische Frage an erster Stelle in Spa besprochen werden würde. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen.

Lloyd George erwiderte, man werde den deutschen Vertretern genügend Zeit lassen, und Ministerpräsident Delacroix legte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 1/4 Uhr nachmittags fest.

Eine Unterredung mit Minister Simons.

Mz. London, 7. Juli. Der Sonderberichterstatter der Daily News in Spa, der übrigens behauptet, daß der Reichsanwalt und der Minister des Reichs in einer außerordentlich schabigen Billie untergebracht worden seien, hatte eine Unterredung mit Herrn Simons und gibt als dessen Äußerungen folgendes wieder:

Die Aufgabe der Konferenz besteht darin, der Angelegenheit ein Ende zu machen, die über die Art der Erfüllung des Friedensvertrages besteht. Der Vertrag sieht vor, daß wir die Gesamtsumme unserer Schuld erst Mai 1921 erfüllen sollen. Aber die Fortdauer der heutigen Ungeheuerlichkeit bis zu jenem Zeitpunkt würde den Wiederaufbau Deutschlands völlig unmöglich machen, und ohne diesen Wiederaufbau gibt es keine Hoffnung auf Erfüllung des Vertrages. Gleichzeitig ist es für die Verbündeten wesentlich, sobald wie möglich zu wissen, was sie von Deutschland erwarten können. Ich sehe, daß man sie von Deutschland von uns bestimmte Vorschläge erwartet. Leider hat Deutschland nicht die Freiheit, zu bestimmen, welche Schritte es unternehmen kann. Alles hängt z. B. von der Abschätzung unserer Leistungsfähigkeit davon ab, ob wir auf die Hilfs-

quellen Oberschlesiens zählen können. Hierin wie in anderer Hinsicht sind wir auf die Entscheidung unserer Gegner angewiesen, wie weit sie uns erlauben werden, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Bei dieser Lage wüßte ich nicht, wie wir irgendwelche bestimmte Vorschläge machen könnten. Wir haben aber unsererseits alles genau geprüft und festgestellt, unter welchen Bedingungen wir unseren Wiederaufbau vornehmen können. Wir treten mit dem besten Willen und mit der Absicht, alles, was wir wissen, den Verbündeten zu unterbreiten und möglichst allen ihren Anforderungen zu entsprechen, in die Verhandlungen ein. Es ist aber allmählich ein Gemeinplatz geworden, daß unser Volk zuerst einen Anreiz zur Arbeit haben und mit Rohstoffen und Hilfsmitteln versehen werden muß. Auch müssen wir sicher sein, Ruhe und Ordnung im Reich zu erhalten zu können. Als der Berichterstatter fragte, ob Deutschland bereit sei, falls die obengenannten Voraussetzungen zuträfen, bestimmte und ausführbare Vorschläge für die Zahlung der Entschädigung zu machen, antwortete der Minister: Selbstverständlich; das ist dann die notwendige Verhandlungsgrundlage. Als dann der Berichterstatter einwarf: Falls aber diese Verhandlungsgrundlage nicht mit den Forderungen der Verbündeten übereinstimmt: Es ist allerdings möglich, daß die Verbündeten mit Bedingungen kommen, die sie uns diktieren wollen. In diesem Falle wäre alles, was wir tun können, daß wir wieder Bedingungen und diese Bedingungen dem Reichstag zur Entscheidung vorlegen. In San Remo wurden Sie eingeladen, Vorschläge mitzuteilen, bemerkte der Berichterstatter. Allerdings, war die Antwort, und wie tun, was in unsern Kräften steht. Aber man muß bedenken, daß wir als Regierung erst wenige Tage alt sind. Unser Material wurde zum Teil von der früheren Regierung und zum Teil von uns vorbereitet. Jeder Vorschlag, den wir annehmen, müßte dem Reichstag vorgelegt werden, wenn er irgendwie von den Bedingungen des Friedensvertrages abweicht. Auch für die Verbündeten würde es, bemerkte der Berichterstatter, besser sein, wenn die Entscheidung von Spa durch den Reichstag gutgeheißen würde. Unschlüssig, erwiderte Herr Simons, man darf nie die Macht der Arbeiterschaft in Deutschland vergessen, und die Zustimmung der Arbeiterschaft im Reichstag ist um so notwendiger, als Deutschlands Hoffnung, den Vertrag auszuführen, von seiner Fähigkeit zur Arbeit und Ansehlichkeit abhängt, die wieder fast gänzlich durch den guten Willen der Arbeiterschaft bedingt wird, dem sich natürlich die Bezahlung und das Gedeihen der Unternehmer zugesellen müßte.

In einer nachfolgenden nicht zur Veröffentlichung bestimmten Unterredung soll Minister Simons dem Berichterstatter noch dargelegt haben, daß Deutschland es als verhängnisvoll betrachten müsse, wenn es zu bezahlen hätte: 1. hohe Jahreslasten, 2. Zinsen auf Rückstände der Jahreslasten, 3. Zinsen und Tilgungszinsen für Anleihen zum Wiederaufbau. Solche Verpflichtungen würden Deutschland in Isolation versetzen, aus denen es sich niemals befreien könne.

Belgische Stimmen über Spa.

Mz. Spa, 7. Juli. Die belgischen Morgenblätter bringen alle Berichte über die gestrige erste Sitzung, größtenteils unter Entfaltung an die amtliche belgische Mitteilung mit unwesentlichen Abweichungen. Die Vertagung der Konferenz wird bisher nicht erwähnt. Innerhalb deutschen Überwachern wie ein Theaterzug und der erste Aufschrei darauf hin, wie man die Sache auf der Verbandseite beurteilt wissen will. Der Bericht bringt in Sperrdruck eine einschneidende halbamtliche Note, in der es heißt: In den Verhandlungen betrachtet man diese erste Beiprägung als ausgezeichnet in ihren möglichen Ergebnissen. Sie hat in allererster Linie hier bewiesen, daß die deutsche Politik, die darin bestand, die vorherige Beiprägung über die Entwaffnung zu vermeiden, gescheitert ist. Die Sitzung beweist auch die Gümmigkeit der Verbündeten in diesem Punkt, und man hat besonders die Entscheidung beachtet, mit der Lloyd George den deutschen Vertretern den unbefangenen Willen der Verbündeten bezüglich des Programms der Konferenz mitgeteilt hat.

Mz. Spa, 7. Juli. Eine gewisse Nervosität zeigt sich in den Ausführungen aller belgischen Blätter: man befürchtet in belgischen Kreisen annehmen, daß der belgische Vorschlag auf Zahlung von 2,5 Milliarden durch Deutschland irgend, wie hinweggeredet oder, wie es in La Presse heißt, durch Schaffung neuer Rechte wertlos werden könnte. Besonders schmerzhaft kommt diese Ansicht in einer Unterredung zum Ausdruck, die Dr. Zort mit den Ministern Jaspers und Hymanz gehabt hat. Minister Jaspers erklärte: Durch ein Sonderabkommen, das am Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages abgeschlossen wurde, hat unser Land von den Vereinigten Staaten, von Frankreich und Großbritannien die förmliche Zusicherung erhalten, daß wir aus dem ersten deutschen Zahlungsdarweg eine Goldentschädigung in der Höhe von 2,5 Milliarden bekommen. Belgien hat den Friedensvertrag unterzeichnet, weil es diese förmliche Zusicherung bekommen hatte und weil die Verbündeten sich verpflichtet hatten, ihm die Kriegsschuld zu erlassen. Aber diesen Punkt wird die belgische Regierung niemals mit sich handeln lassen. Der Minister erklärte dann noch weiter, daß es doch nicht angängig sei, Belgien unter dem Vorwand zu benachteiligen, daß es sich besonders zu wiederholt habe. Es habe das seiner eifrigen Arbeit zu verdanken. La Libre Belgique weist darauf hin, daß man erst dann die Möglichkeit eines Einverständnisses über die Verteilung habe, wenn die genaue Ziffer der von Deutschland zu verlangenden Entschädigung festgelegt ist. Nach La Dernière Parole ist gestern zwischen Delacroix, Jaspers und den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens die von Deutschland zu zahlende Entschädigung besprochen worden.

Das Rätselraten der Pariser Presse.

Mz. Paris, 7. Juli. Der Sonderberichterstatter des Journal des Debats legt der heutigen Beratung in Spa große Bedeutung bei. Nach seiner Ansicht wollen sich die Verbündeten versichern, daß die Absichten Deutschlands seinen Erklärungen entsprechen. Die Zukunft der Konferenz von Spa werde also wahrscheinlich von dieser Sitzung abhängen. Nach ihr würden die Verbündeten urteilen, ob sie die Erörterung fortsetzen wollten. Der Sonderberichterstatter des Intrantsigant hört jeden Tag Neues, was andere nicht hören. So will er aus der Unterhaltung mit einem deutschen Diplomaten erfahren haben, man werde von deutscher Seite 20 Milliarden anbieten, man werde sogar bis zu 60 Milliarden gehen, wenn man nicht zuviel Arbeitskräfte verlange. Die Deutschen würden jedoch die Abänderung der Vertragsklauseln über Danzig und Oberschlesien fordern und für die Reichswehr eine Stärke von wenigstens 150.000 Mann. Der Berichterstatter des Temps will gehört haben, um innere Schwierigkeiten zu vermeiden, und weil man nicht wisse, was man mit den zu entlassenden Offizieren und Soldaten tun solle, wolle man sie für die Wiederaufbauarbeiten in Frankreich und Belgien verwenden. Der Berichterstatter meint, es sei nicht unmöglich, daß dieser Gedanke in die Diskussion geworfen werde, und er beginnt bereits den Kampf gegen Windmühlen, indem er auf die zahlreichen Ungelegenheiten politischer, moralischer und sozialer Art, die eine derartige Lösung für Belgien und Frankreich haben könne, hinweist. Der Berichterstatter erklärt auch, daß sich die Deutschen um die Ernährungsverhältnisse im Ruhrbezirk Sorge machen. Sie befürchteten für die Monate Juli und August schwere Zeiten und würden jedenfalls Kredite für den Bezug von Lebensmitteln verlangen.

Die Schulden unter den Alliierten.

Mz. Paris, 7. Juli. Temps befragt in seinem heutigen Leitartikel die Frage der Schulden unter den Alliierten. Europa werde sein wirtschaftliches Gleichgewicht und damit auch sein politisches und soziales Gleichgewicht nicht wiederfinden, solange diese Frage nicht gelöst sei. Man sei nach Brüssel gekommen, ohne daß die Lösung hätte vorbereitet werden können. 20 Monate nach dem Sieg wisse man noch nicht, wie man die Schulden der Alliierten unter einander regeln wolle. Aber die Schulden macht dann Tempus folgende Angaben: Frankreich habe verschiedenen alliierten Staaten zusammen geliehen 7 Milliarden 575 Millionen Franken. Es habe dafür von Amerika geliehen 2 Milliarden 985 Millionen Dollars. Das mache 15,5 Milliarden Goldfranken, nach dem heutigen Kurs 86 Milliarden. England habe Frankreich zu zehn 54 Millionen Pfund Sterling, das mache 13 Milliarden Goldfranken aus, nach dem heutigen Kurs 24 Milliarden. Wenn man die Summen anrechne, die Frankreich ausgeben habe, dann schulde Frankreich an Belgien und London 28 Milliarden Goldfranken, das seien heute 60 Milliarden. Aber auch England habe geliehen. Es schulde Amerika 1060 Millionen Pfund Sterling nach heutigem Stand des Kurses, es habe dafür aber geliehen mehr Frankreich an Belgien 92 Millionen Pfund, 400 Millionen an Italien, Serbien 20 Millionen Pfund, verschiedenen anderen Alliierten 66 Millionen Pfund und Russland 568 Millionen Pfund. Das bedeute, wenn man von der russischen Schuld absehe, daß England 87 Millionen Pfund mehr zu fordern habe als es Amerika schulde. Amerika endlich habe ausgeliehen außer den 4220 Millionen an England 2985 Millionen Dollars an Frankreich, 1811 Millionen an Italien, 839 Millionen an Belgien, 188 Millionen an Russland, 27 Millionen an Serbien und 1,36 Millionen Dollars an andere Alliierte. Temps befragt also die Frage der gegenseitigen Annulierung der Schuld und schließlich wirft er die Frage der Zinslosigkeit auf, durch die man ebenfalls, wenn der erstere Weg nicht gelingt, zu einem guten Ergebnis gelangen könne.

Die Wälderung des Steuerabzugs.

Mz. Berlin, 6. Juli. Der Steueranhang des Reichstags einigte sich heute auf folgende Beschlüsse über die Ausübung des § 45 des Einkommensteuergesetzes:

Die schematische Anordnung eines Steuerabzugs von 10 Prozent soll dadurch gemildert werden, daß beim Steuerabzug vom Lohn und Gehalt für Lohnarbeiter und Angestellte ein Betrag von 5 Mark täglich zunächst außer Berechnung bleibt. Weiter soll der Familienstand der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, indem für jedes Kind 1,50 Mark täglich jeweils außer Berechnung bleibt und lediglich der Restbetrag des täglichen Einkommens für den 10proz. Steuerabzug in Betracht kommt. Für Wochenlohnempfänger bleiben 30 Mark wöchentlich außer Berechnung, außerdem für jedes Kind zehn Mark. Vom Monatslohn werden 125 Mark und außerdem für jedes Kind 40 Mark außer Berechnung gestellt. Uebersteigt der Arbeitslohn oder Gehalt 15.000 Mark so ist ein erhöhter Abzug vorzunehmen und zwar bis zu 30.000 Mark Einkommen 15 Prozent, von 30—50.000 Mark 20 Prozent. Bei höheren Einkommen steigen die Bezüge weiter bis zu 50 Prozent.

Vor Demonstrationen in Berlin.

Mz. Berlin, 6. Juli. Heute nachmittag planen die sozialdemokratischen Arbeiter von Berlin eine Demonstration gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Aus diesem Anlaß warnen die Vorwärts vor Unbesonnenheiten und macht darauf aufmerksam, daß in einem bestimmten Umkreise um den Reichstag keine Ansammlungen stattfinden dürfen. Öffentlich richten sich Arbeiter, gegen deren Demonstration an und für sich nichts einzuwenden ist, nach diesen Mahnungen und halten Disziplin und Ordnung und bewahren Respekt vor dem Gesetz.

Schleswig.

Die Unterzeichnung des Vertrages.

Mz. Paris, 7. Juli. Bei der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Dänemark und den Alliierten über das Dänemark zugehörige Gebiet von Schleswig waren anwesend: Der englische, der italienische, der japanische sowie der dänische Gesandte in Paris, Graf Bernstorff. Graf Bernstorff hielt dabei eine Ansprache, in der er die tiefe Dankbarkeit des dänischen Volkes und der dänischen Regierung gegenüber den alliierten und assoziierten Mächten zum Ausdruck brachte. Jules Cambon, der den Vorsitz führte, antwortete im Namen seiner Kollegen auf die Rede des dänischen Gesandten und erklärte, daß es den Mächten eine Freude sei, infolge des Sieges über Deutschland die Dänemark wiedererlangte Ungerechtigkeit wieder gut machen zu können. Er drückte die besten Wünsche aus für das Gedeihen des dänischen Volkes.

Darauf erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages, worauf die Sitzung bald aufgehoben wurde.

Sozialisten und Völkerverbund.

Mz. Basel, 7. Juli. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Basler Nachrichten erklärte der Führer der Zweiten Internationale, Camille Huysmans, es bestehe zwischen den belgischen Sozialisten und den belgischen Regierungsmitgliedern einschließlich des Ministerpräsidenten Delcroix, Uebereinstimmung darin, daß der Völkerverbund ohne Deutschlands Aufnahme undenkbar sei. Die kleinen Völker hätten sich für den Völkerverbund jede erdenkliche Mühe gegeben; aber bevor sich die politische Lage in England und Frankreich bessere, werde der Völkerverbund kaum zustande kommen können. Besonders in Frankreich müsse sich die politische Lage erst gründlich ändern. In England liege die Sache günstiger, da außer der Arbeiterpartei bürgerliche Politiker, besonders Lord Robert Cecil und andere, sich in einem dem Völkerverbund günstigen Sinne äußerten. Huysmans gab noch ein Urteil über die Haltung der unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland nach den Wahlen ab. Huysmans bezeichnet die Politik der Unabhängigen als sehr ungeschickt. Deren Begehrung, in ein Kartellkabinett mit den Mehrheitssozialisten und den wirklich demokratischen gesinnungsbürgerlichen Streifen einzutreten, sei fahrlässig. Diese Zurückhaltung vor einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Streifen habe keinen Zweck in der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Angesichts des zu beschließenden Riesenprogramms könne sich Deutschland eine abenteuerliche Politik wie die der Unabhängigen nicht leisten. Das Unglück der deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten sei, daß sie als einzige Partei Versöhnlichkeit befehlen. Noch heute gelte das Wort Jaures', der in Stuttgart zu Webel gesagt habe, das Unglück Deutschlands sei, daß es in der ganzen Politik keine Partei der Mitte, keine im wahren Sinne des Wortes liberale Partei gäbe.

Churchills russische Politik.

Mz. Rotterdam, 7. Juli. Der Nieuwe Rotterdamse Courant zufolge gab Bonar Law gestern im Unterhause eine Erklärung ab, die sich mit den Beziehungen Churchills zu den antibolschewistischen russischen Generalen befaßt. (Vergleiche Nr. 585 der Kölnischen Zeitung). Bonar Law sagte, Churchill habe ihm erklärt, daß die in der Daily News und anderen Blättern veröffentlichten Dokumente nur eine sehr ungenaue Wiedergabe seines Gesprochenen mit dem russischen Oberst Golotin seien. Nach Churchills Angaben liege die Behauptung über die Verwendung der englischen Kruppen, die zur Sicherung der Ordnung nach Archangel geschickt worden seien, vollkommen unwahr. Auf der anderen Seite, fuhr Bonar Law fort, ist es wohl bekannt, daß die Regierungspolitik im vergangenen Jahre darauf abzielte, die antibolschewistischen Streitkräfte zu unterstützen. Auf die Frage eines Abgeordneten, ob Churchills Verhandlungen mit Golotin ohne Zustimmung des Kabinetts stattgefunden hätten, sagte Bonar Law, solche eine Frage sei irrelevant. Die allgemeine Politik der Regierung sei bekannt gewesen und sei in dieser Weise ausgeführt worden. Churchill sei mit vielen antibolschewistischen Generälen zusammen gewesen, und er, Bonar Law, würde es nicht als angenehm empfunden haben, wenn Churchill das Kabinett über alle diese Vorrechnungen in Kenntnis hätte setzen müssen. Zum Schluß sagte Bonar Law, die ganze Angelegenheit sei dadurch veranlaßt worden, daß einige Leute glaubten, die Politik der vergangenen Jahres werde gegenwärtig noch fortgesetzt.

Nachtgeheimnisse.

72

Nachdruck verboten

Und Wanda? Wagt sie auch mitzugehen?
Der Kommissar zauderte einen Augenblick, dann machte er eine vornehmende Bewegung. Sie mag einstweilen bleiben, wo sie ist. Wenn wir ihrer bedürfen, werden wir sie schon zu finden wissen.

Das Mädchen, das zu weinen aufgehört hatte, lag jetzt ganz still und apathisch da. Von dem, was zuerst zwischen den beiden Männern gesprochen worden war, schien sie überhaupt nichts mehr gehört zu haben.

Nach der Vorsicht, daß Sterbende in ein besonderes Zimmer gebracht werden müssen, hatte man Violetta Garnier schon am Morgen aus dem Haus, den sie mit mehreren anderen Kranken geleitet hatte, in ein kleines Einzelgemach überführt, und eine der Pflegerinnen war in Erwartung der unabwendbaren Auflösung nicht mehr von ihrem Lager gewichen.

Aber die Katastrophe schien sich länger hinauszuzögern, als die Ärzte es vermutet hatten. Wohl hatte die Kranke, wenn sie still und regungslos dalag, mit ihrem verfallenen Gesicht, ihren eingefunkenen Augen und ihrer spitzigen Nase schon ganz das Aussehen einer Gestorbenen, aber dann kamen immer wieder Minuten und Viertelstunden eines schrecklichen Erregungszustandes, während dessen das erlöschende Flämmchen noch einmal angestrichelt aufblühte, und das junge Leben sich bei vollem Bewußtsein verzweifelt gegen das unbarmherzige Schicksal aufbäumte.

Während eines solchen Kampfes war es, als sich die Tür des Zimmers öffnete und als zur Verwunderung der leise betenden Schwester mit dem Oberarzt zugleich zwei dunkelgekleidete, ernüchternde Herren, die sie nie zuvor im Krankenhause gesehen, die Schwelle überschritten.

Die beiden blieben ein wenig zurück, der Arzt aber neigte sich über die Sterbende, um ein paar halblaute Fragen an sie zu richten. Zögernd nur, doch klar und verständlich hatte sie ihm Antwort gegeben.

Da wandte er sich gegen seine Begleiter zurück: „Sie mögen Ihr Heil versuchen, meine Herren! Die Patientin ist bei vollem Bewußtsein!“

29. Kapitel.

Unten im Empfangszimmer ist jemand, der Sie zu sprechen wünscht. Frau Seymour. Er hatte seinen Namen nicht ge-

Der demokratische Präsidentschaftskandidat.

Mz. San Francisco, 7. Juli. Gouverneur Cox ist zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt worden.

Dem demokratischen Noment war es bis Samstagabend nicht gelungen, die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit auf einen Kandidaten zu vereinigen; er mußte daher am Montag den Abstimmungskampf von neuem aufnehmen. In Frage kamen schließlich nur noch McAdoo, der Schwiegersohn des Präsidenten, ferner der Gouverneur des Staates Ohio, James M. Cox, in zweitem Abstand der Generalanwalt Mitchell R. Palmer und schließlich der Londoner Vorkämpfer Davis. Wie das obige Telegramm zeigt, hat am Ende Cox alle Wettbewerber hinter sich gelassen und das Rennen gewonnen. Für ihn spricht, daß er in dem von den Republikanern regierten Staat Ohio dreimal zum Gouverneur gewählt worden ist, mithin eine starke Volkstümlichkeit besitzen muß. Die Demokraten können hoffen, mit ihm den wichtigen Staat Ohio zu gewinnen, obwohl der republikanische Kandidat Harding ebenfalls aus Ohio kommt. Cox war genau wie Harding ursprünglich Journalist und Zeitungsverleger. Sein Sieg bedeutet ein Erfolg der Gruppe unter den Demokraten, die nicht gewillt ist, durch die Wahl mit dem Präsidenten Wilson zu gehen; die Niederlage McAdoo muß, obwohl Cox keineswegs als Gegner Wilsons betrachtet werden darf, doch als Mißerfolg Wilsons angesehen werden.

Politische Rundschau.

Eine Ehrung Zehrenbachs. In der heutigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde Reichsanwalt Zehrenbach, der Stadtrat in Freiburg ist, einstimmig zum Ehrenbürger ernannt.

Ein Erfolg der christlichen Gewerkschaften. Die Betriebsratswahlen im Steierländer, Böhmerländer und Zillertal-Gebiet haben auf den Eisenbergwerken dem Gewerkschaftsmitgliedlicher Vorkämpfer mit 324 Mandaten einen großen Erfolg gebracht. Rund 90 Prozent der neu gewählten Betriebsratsmitglieder gehören dem Gewerkschaft an.

Hugo Stinnes bei Millerand. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Spa telegraphiert seinem Hefte: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand, der ihn in der französischen Gesandtschaft empfing. Stinnes setzte Millerand seinen Plan über die Wiederherstellung der vertriebenen Gebiete auseinander. Millerand machte einige Einwände, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Wirtshaft.

Deutschland und Japan. Aus Tokio wird gemeldet: Die deutsche Botschaft und die Anwaltschaften sind von Japan wieder an Deutschland zurückgegeben worden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind wieder hergestellt.

Die griechisch-türkischen Kämpfe. Die Offensiv der griechischen Armee gegen die Streitkräfte Mustafa Kemals, die am 22. Juni begonnen hatte und deren erster Erfolg die Befreiung der Linie Magnesia-Missir-Zomadalli-Kefar-Panderna war, ist am 2. Juli durch die Vereinigung mit den von Süden kommenden, in Panderna ausgeschickten Truppen gelungen. Diese Operationen sind in elf Tagen anhalt der vorgesehenen 15 vollführt worden. Die Streitkräfte, die Mustafa Kemal aus der Richtung von Smyrna nach Macheir und Philadelpia und auf der anderen Seite von Panderna entgegengestellt hatten, wurden vollständig vernichtet.

Deutschland.

Zur Abstimmung in Ostpreußen. Aus Graudenz wird gemeldet, daß die Interalliierte Kommission in Allenstein für die Abstimmung durch Abweisung an die Kreisoffiziere die Aufstellung zweier getrennter Wahlurnen, und zwar eine für diejenigen Abstimmungsberechtigten, die im Abstimmungsgebiet leben, und einer zweiten, für die aus dem Reich Zugezogenen angeordnet habe. Da in diese Anordnung eine Verletzung des Friedensvertrags erblickt wird, hat der deutsche Staatskommissar in Allenstein sofort in einer Protestnote auf die Ungültigkeit dieser Verfügung hingewiesen, insbesondere durch betont, daß der Abstimmungsmodus durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt sei und nicht willkürlich durch einfache Anordnung an die Kreisoffiziere abgeändert werden könnte. In Schleswig-Holstein wurde bekanntlich

gleichfalls mit zwei verschiedenen Urnen abgestimmt; aber dort war dieser Abstimmungsmodus bereits von vornherein festgelegt. Die Interalliierte Kommission in Marienwerder hat auch eine solche Anordnung, die natürlich auf Betreiben der Polen erfolgt ist, als ungesetzlich angesehen.

Ein polnischer Ueberfall. Am 3. Juli fuhr ein aus dem Hauptquartier in Allenstein kommendes Kasseauto über den Markt in Gilsenburger, dessen Führer durch ein Betragen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich lenkte. Man vermutete einen Waffentransport für die Kampforganisation der Polen und durchsuchte das Auto, auf dem sich eine Unmenge polnischer Flugblätter und anderer Drucksachen befand. Die aufgebrachte Menge warf sämtliche Drucksachen auf einen Haufen und zündete sie an. Am Abend dieses Tages zogen Mitglieder des Gilsenburger Heimatsvereins mit Musik zum Bahnhof, um die aus dem Reich kommenden Abstimmungsberechtigten zu empfangen. In der Nähe des Bahnhofs eröffnete eine Abteilung der polnischen „Kampforganisation“ aus dem Hinterhalt das Feuer auf die Deutschen, wobei vier Personen verwundet wurden. Nach begründeten Vermutungen ist der polnische Organisator der katholischen Kirche von Gilsenburger der Organisator des Ueberfalls.

Eine deutsche „Stimme“. Wir erhalten über den Plan einer Dänische eine Mitteilung, der wir folgendes entnehmen: Dänemark ist in seiner Isolierung in schwerster Gefahr! An allen seinen Grenzen lauern Nachbarn, die es in ihre teils politische teils wirtschaftliche Hörigkeit zu bringen beabsichtigen. Besonders laßt der frühere Mittelpunkt des deutschen Handels nach dem Osten, Königsberg, Gefahr, von dem ausländischen Wettbewerb der sich in Städten wie Danzig, Memel, Libau, Riga, Reval u. a. m. bereits festgesetzt hat, erdrückt zu werden. Nicht nur für Dänemark allein, sondern für das gesamte Deutschland muß es verhängnisvolle Folgen haben, wenn diese Bedrohungen nicht ein Damm entgegengeleitet wird! Königsberg muß zum Bollwerk der deutschen Wirtschaft für den Osten ausgebaut werden! Dieses Ziel erfordert die Veranstaltung einer regelmäßig wiederkehrenden deutschen Stämme, die kürzlich in Königsberg beschlossen worden ist. Im Anschluß hieran hat sich unter Leitung des Herrn Dr. Wiegand ein Komitee der Stadt Königsberg (Magisterstraße 70/71) gebildet. Dieses veranstaltet die erste deutsche Stämme, Königsberg, in der Zeit vom 15. bis 20. August 1920. Sie wird sich in hochstehende Hauptgruppen gliedern: 1. Gewerbe und Handel, 2. Industrie und Landwirtschaft, 3. Schiffahrt und Luftverkehr, 4. Rohstoffe und Genußmittel, (insbesondere Tabak), chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, 5. typographische Spezialitäten.

Ein Vorkämpfer der Berliner Studentenschaft. Die wirtschaftliche Notlage veranlaßt die Berliner Studentenschaft zu einer Kundgebung, an der auch der Kultusminister Haensch, der Rektor Eduard Meyer sowie als Gast der schweizerische Gesandte v. Planta teilnehmen. Einstimmig wurde eine Entschärfung angenommen, in der es heißt:

„In ihrer unerschütterlichen wirtschaftlichen Notlage wendet sich die Studentenschaft der Universität Berlin in Einmütigkeit mit der Dozentenschaft an die Öffentlichkeit um tatkräftige Hilfe, da es sich nicht nur um das Los der gegenwärtig studierenden Jugend handelt, sondern um die Zukunft deutschen Geisteslebens und deutscher Wissenschaft. Wir haben das volle Vertrauen, das bei der so weitverbreiteten Hilfsbereitschaft unseres Volkes unser Notschrei nicht ungehört verhallen wird. Denn auf einem leistungsfähigen wissenschaftlichen Nachwuchs beruht die Erhaltung der deutschen Kultur und damit die Möglichkeit der Wiederherstellung unserer schwer darniederliegenden Vaterlande.“

Die Bedingungen der Bayerischen Volkspartei.

Mz. München, 4. Juli. Am 19. Juni wandte sich der Reichsanwalt Zehrenbach an die Bayerische Volkspartei, um sie zum Eintritt in die Regierungskoalition einzuladen. Die Bedingungen, unter denen die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ihre Bereitwilligkeit erklärte, waren wie nunmehr bekannt wird, folgende:

Keine weitere Beeinträchtigung der Selbstständigkeit der Länder durch neue Gesetze und Verordnungen, mögliche Anpassung der bereits in den Ländern bestehenden Reichsgesetzen an das Verwaltungssystem der Länder, Ausführung der Reichsgesetze durch die Landesbehörden und, soweit dies nicht möglich, in den größeren Ländern Schaffung von

die heimzuholen in dein Haus, scheint dir das in Wahrheit so unerträglich hart?

„Wie magst du so sprechen! — Hast du denn meinen Brief nicht gelesen?“

„Gewiß habe ich ihn gelesen. Nicht einmal — zehnmal habe ich ihn vom ersten bis zum letzten Wort gelesen, und so gut kenne ich jetzt seinen Inhalt, daß wir künftig nie mehr auf diese vergangenen Dinge zurückkommen brauchen, das ich nicht mehr begierig bin, irgend etwas Weiteres zu erfahren, das es für uns von nun an nur noch eine Zukunft gibt, eine — will's Gott — geeignete und glückliche Zukunft.“

„Gerhard!“ schrie sie auf. „Nein, das ist nicht dein Ernst — das kann dein Ernst nicht sein! Es ist das Mitleid mit meinem Schmerz, das dich verführt, so zu mir zu sprechen. Wie bald, wenn ich gewissenlos genug wäre, deine Güte zu mißbrauchen, wie bald müßtest du es bereuen!“

Wenn es durchaus notwendig ist, daß ich noch einmal in aller Form um dich werbe, um die Witwe Seymour, die an die Stelle des frühleinen Humold getreten ist — wohl, so bitte ich sie hiermit um ihre Hand, nachdem ich verneinen genug bin, mich ihrer Liebe versichert zu halten.“

Sie sah zu ihm auf, und eine Welt sonniger Glückseligkeit eröffnete sich ihr in dem Lächeln, das des Königs seines Gesicht verklärte. Wieder hieß es wie ein Schluchzen in ihrer Kehle empor, und ein Schleier von Tränen verdeckte ihren Blick. Aber es waren jene brennenden Tränen nicht mehr, deren das bittere Verzeihen ihr in diesen letzten Tagen so unzählige erpreßt hatte, es waren Tränen einer stillen, schier überirdischen Freude, wie sie sie in diesem Leben nimmermehr zu erfahren geschäft hatte.

Ihre armen Lippen konnten das Wort nicht finden, das ihm die ganze Tiefe ihrer Dankbarkeit und die ganze Demut ihrer schrankenlosen Hingabe offenbart hätte; aber wie ihr dunkler Kopf jetzt an seine Schulter sank, und wie ihre weiche Gestalt sich bebend an die seine schmiegte, da sagte ihm jeder Schlag des Herzens, das er so stürmisch an seiner Brust klopfen fühlte, wie reich seine verzehrende Großmut ihn in dieser Stunde gemacht hatte — wie unermesslich reich!

Fortsetzung folgt.

Auf Veranlassung der Ortsgruppe Bad Ems hatte der Abgeordnete Erkelenz im Reichstag am 6. 7. die Anträge gestellt, warum den Staats- und Gemeindefinanzen in besetzten Gebiet die bewilligten Zulagen noch nicht restlos, z. T. noch garnicht, ausbezahlt seien. Der preussische Finanzminister antwortete dahin, daß nimmehr entgegen anderslautenden Zeitungsnotizen die Zulagen den betreffenden Beamten „baldigst ausbezahlt“ werden würden. Er stellte ferner fest, daß grundsätzlich für die Zahlung das Reich zuständig sei.

Lebensmittelpreise für den Stadtbezirk Diez.

Freitag, den 9. Juli 1920.
Fleisch- und Fleischwaren. Verkaufsstellen in dieser Woche die Metzgereien: Friedl, Feinl, Hasenlopp, Auecht, Wd. Marzheim, Jul. Marzheim und Wolf.

Die Preise für Fleisch und Fleischwaren für diese Woche sind: Rindfleisch 10 M., Schweinefleisch 12 M., Kalbfleisch 9 M., und Hammelfleisch 10 M. das Pfund. Fleischbühnen und Schinken 12 M., frische Leber- und Blutwurst 1. Qual. mit Schweinefleisch 8 Mark, 2. Qual. 5 Mark das Pfund. 250 Gramm Haferflocken das Pfund zu 2,40 Mark gegen Abschnitt 23. 125 Gramm Kunsthonig das Pfund zu 7,30 Mark gegen Abschnitt 24. 50 Gramm holl. Käse das Pfund zu 16 Mark gegen Abschnitt 25. der Lebensmittelkarte in allen Geschäften.

Bekanntmachung.

Betr.: Sammeln von Holz im Stadtwald „Hain“.

Die Plünderungen im Stadtwald „Hain“ haben einen derartigen Umfang angenommen, daß wir gezwungen sind, nunmehr rücksichtslos gegen die Freier vorzugehen.

Das Sammeln von Holz ist von jetzt ab nur dem gestattet, der im Besitze eines Bescheinigung ist, der beim Polizeiamt auf Antrag ausgestellt wird.

Holz darf nur Dienstags und Freitags nachmittags in der Zeit von 1 bis 7 Uhr geleset werden und zwar unter Aufsicht des Hainwächters.

Wer in einer anderen Zeit oder ohne Erlaubnis Holz angetroffen wird, hat eine empfindliche Strafe zu erwarten.

Diez, den 21. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Öffentliche Warnung.

Die hohen Preise für Obst und Gemüse sowie für sonstige Artikel des täglichen Bedarfs haben auch unter der Bevölkerung von Diez berechtigten Enttäuschung hervorgerufen. Diese Preise sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Erzeuger, Groß- und Kleinhändler übermäßige Gewinne erzielen wollen. Es ist festgestellt worden, daß die Preise in Diez vielfach erheblich höher sind als selbst in größeren Städten des Bezirkes. Wir warnen hiermit Erzeuger und Verkäufer vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen und erwarten, daß dieser Hinweis Beachtung findet, andernfalls wir uns gezwungen sehen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Diez, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat.

Wohnungsamt.

Mit Bezug auf die in Nr. 66 des Kreisblattes veröffentlichte und am 1. 7. d. Mts. in Kraft getretene Anordnung, betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel im Unterhause wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Funktion des Kreisamtes (Wohnungsamt) für den hiesigen Stadtbezirk dem Magistrat übertragen worden ist. Als Leiter des Wohnungsamtes ist Herr Bürgermeister Dr. Schubert und als Schriftführer Herr Stadtschreiber Lutz bestimmt.

Indem wir zur Vermeidung von Verstößen auf die genaue Beachtung der Anordnungen hinweisen, machen wir besonders auf die Bestimmungen in den §§ 2, 4 und 5 aufmerksam.

Nach § 2 hat der Verfügungsberechtigte unverzüglich dem Magistrat (Wohnungsamt) Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik, Lager, Werkstätten, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume unbewohnt sind.

b. Nach § 4 haben die Hausbesitzer bzw. Stellvertreter innerhalb 3 Tagen nach dem sie gekündigt ist, oder feststellt, daß sie aus einem sonstigen Grund zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Magistrat (Wohnungsamt) anzuzeigen.

c. Nach § 5 darf der Verfügungsberechtigte bis zum 31. 12. 20. über Wohnräume vorbestimmter Art nicht verfügen, nachdem das Wohnungsamt erklärt hat, daß es einen Wohnungsuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung für die Wohnung dem Vermieter nicht nachweisen will, oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß das Wohnungsamt sich erklärt hat.

Bad Ems, den 7. Juli 1920.

Der Magistrat. (Wohnungsamt.)

Holzversteigerung.

Montag, den 12. 7. Mts., vormittags 9 Uhr kommen im hiesigen Stadtwald die nachbezeichneten Holzmassen gegen Zahlungs-Ausstand zur nochmaligen Versteigerung:

1. 1000 Stk. Eichenholz 7d.
8 Eichen mit 6,26 Hektometer
30 Buchen mit 24,88 Hektometer.

Nur auswärtige Käufer sind ausgeschlossen.

Die Versteigerung beginnt am Ems-Stammensauerweg.

Bad Ems, den 7. Juli 1920.

Der Magistrat.

Für

: Obernhof und Umgegend :

haben wir eine

Agentur errichtet

bei Herrn

Heinr. Kaufmann, Postagentur, Obernhof.

Derselbe nimmt Anzeigen und Bestellungen für unsere Zeitung entgegen.

Der Verlag der Emser u. Diezer Zeitung

und des amtlichen Kreisblattes.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Blumenspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter

Hildegard

sagen wir auf diesem Weg unsern innigsten Dank.

Friedrich Adami u. Familie.

Holzappel, den 8. Juli 1920.

Willy Sussmann

Ella Sussmann

geb. Deller

Vermählte.

Braunschweig, Maschstr. 1, 8. Juli 1920

Bahnhofswirtschaft Bad Ems

neu übernommen.

Warme u. kalte Küche zu jeder Tageszeit. Frankfurter und Münchener Exportbier, Schoppenweine zu angemessenen Preisen.

Heinrich Grunewald, Bad Ems.

Achtung! Achtung!

Verband der Gastwirtsgehilfen, Bad Ems

Samstag, 12. Juli 1920, abends 8 Uhr im Saalbau „Zur Krone“

!! Grosser Ball !!

wozu alle Emser Bürger herzlichst eingeladen sind.

Kein Weinzwang. Alles willkommen.

Die Vorstandschaft.

Kurz geschnittenes trockenes

Brandholz

von heute ab wieder vorrätig, kann jedes Quantum sofort geliefert werden.

Wilhelm Arlt, Bad Ems Holzhandlung und Sägewerk.

Origin.-Aquarelle

aus dem Lahntal

von Walter Kuphal

sind ausgestellt in der Buchhandlung von

L. J. Kirchberger, Bad Ems

Für den Baubedarf

empfehlen wir uns zur Lieferung von:

1a. frischgebrannten Graukalk „Kalkasche“ „Bausand“ „Bruchsteine“ „Schwemmsteine“ „Portland-Zement usw.“

stets vorrätig auf unserem Kalkwerk Staffel.

Staffeler Kalkwerke

Piel & Zils, Urmitz, Bahnhof.

Durch die frühere Fertigstellung der Zeitung wird gebeten, die

Anzeigen

die für die nächste Nummer bestimmt sind, schon am Tage

vorher aufzugeben.

Geschäftsstelle der Emser u. Diezer Zeitung.

Kluge Frauen

gebrauchen bei Regelförderung und Störung keine in den härtesten Fällen bewährtesten Spezial-Mittel. Vollkommen unschädlich! Mit Garantie! Wenn alles nicht gehoben, machen Sie noch einen Versuch, auch Sie werden mir stets dankbar sein. Versand geschieht direkt. E. Röhling, Hamburg 23, Eilbekerweg 195.

Sommersprossen

braune, fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen. auch Pickel und Mitesser. Auskult frei, nur Rückmark erwünscht. Holländerische Esburg, Heiligenstadt, (Eichst.)

An-u. Verkauf

gebr. Möbel, sow. ganzer Einrichtungen Röhling, Lahnstr. 21, Bad Ems.

Junger, wachsender u. folgeramer 1454

Hund

zu verkaufen. Grabenstr. 21, Ems 1453

Sehr gutes

Salon-Piano

zu verkaufen. Off. unter 1452 an die Gesch.

Amerikan. Ofen

preiswert in Diez zu verkaufen. Näb. Geschäft.

Zimmermädchen u. Küchenmädchen

gesucht. Hotel Hermann, Ems.

Gewandtes

Servierfräulein

für sofort gesucht. Hotel zum Eichen, Ems.

Tüchtige

Halbtagshilfe

für sofort gesucht. Diez, Lisenstr. 6.

Sofort oder 15. Juli wegen

Erkrankung des jetzigen zuverläßigen

Mädchen

gesucht. Frau Bergert, Ems, Diez, Lisenstr.

Johannisbeeren

zu verkaufen. 1451 Kirchberger, Ems, Grabenstr.

Ladeneinrichtung

bestehend aus 2 großen

Warenregalen m. Glas-

türen, Theke, Glaskasten,

Schrankeneinrichtung, m. Spiegel u. Glasplatten

etc. preiswert zu verk.

Zu besichtigen Lager

Gary Kraft, Ems,

Wilhelms-Allee. 1450

1 Pumpe,

1 Klapp-Eisenbett

1 echt unib.

Vallustrade

mit Bugenischeiben

zu verkaufen. Lisenstr. 6, Diez. 1404

Eine Trompete

zu kaufen gesucht. Off. unter 1450 an die Gesch.

Ein fast neuer

Küchenschrank

preiswert zu verk. Zu erb.

bei Kaufmann,

Weinbühl. Oberndorf.

Ein Laden

in guter Lage von Ems zu

mieten gesucht. Off. unter 1451 an die Gesch.

Möbl. Zimmer

zu vermieten. 1458 Näb. Geschäft.

4 bis 5 Zimmer-Wohnung

mit Küche und Zubehör für

gleichzeit. später zu mieten

gesucht. Off. unter 1452 an die Gesch.

Verloren

goldene Manschettenknöpfe

vom Kurfaal bis Bahnhof.

Abzugeben geg. 100

Mark Belohnung

Bahnhofshotel, Bad Ems.

Offene Beine

alte börs. Gewürze, Flechten, Kräuter, (siehe

Auskunft über Zeitung ganz

umsonst. Nur Rückmark

erwünscht. 1459

August Streichert,

Wintgerode (Eichst.)

L. J. Kirchberger's Bankgeschäft, Bad Ems

„Nassauer Hof“

Ich kaufe Stücke der 3 1/2 % Emser Stadtanleihe von 1903 und ersuche um Angebote.

L. J. Kirchberger.

Fahrradbereifung

Mantel Mk. 105.—
Gebirgsreifen „ 120.—
Schläuche Mk. 30.— u. 35.—

— Fahrräder u. alle Ersatzteile. —

Feinst. Fahrrad- u. Nähmaschinenöl

Reparaturen billigt.

Wilhelm Müller, Diez

Fahrradhandlung.

Altstadtstr. 20. Fernruf 312.

Bauholz, Bretter u. Latten

kann jederzeit nach Liste geliefert werden.

Wilhelm Arlt, Bad Ems

Holzhandlung und Sägewerk.

Verlangen Sie überall die bewährte

Kronen-Papierwäsche

Fabrikat der Firma Ernst Töll Köln Ehrenfeld

Jedes Bäckchen trägt die Firma und die Schutzmarke „Krone“



Schuhputz gibts heute viel an Zahl. für mich gibts einen nur: Erdal.

Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun

Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz